Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Grundzeile, 36 mm breit, M. 15000, für auswärts M. 18000, für das Ausland M. 120000. Reklamezeile, 81 mm breit, M. 60000, für auswärts M. 75000. Briefgebühr für Buchstabenanzeigen M. 5000. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen kann keine Gewähr übernommen werden.

Bezugspreise: Halbmonatlich M. 35000 bei freier Zustellung ins Haus durch Boten. Postbezug u. Eintrag in der Zeitungsliste freibleibend, für die Tschecho-Slowakei monatlich č Kr. 15. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 20000. Kreuzbandsendungen nach dem Auslande wöchentlich M. 50000. **Einzelnummer M. 5000.**

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstraße 4. • Fernsprechnummern: 27980, 27981, 27982 und 27983. • Postscheckkonto: Dresden Nr. 2060

Unverlangte Einsendungen (ohne Rückporto) werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Nr. 185 — Sonnabend, 11. August 1923 — XXXI. Jahrg.

Die Sozialdemokratie gegen einen Sturz Cunos

Annäherung zwischen Bürgerlichen und Sozialdemokraten in der Steuerfrage — Aenderungen im Kabinett Cuno oder große Koalition? — Die ersten Steuergesetze im Ausschuß angenommen

Zum 11. August

Von Bürgermeister Dr. Külz, M. d. R.

Als im vorigen Jahre das deutsche Volk den Verfassungstag beging, da würfelten in London Poincaré und Lloyd George um das Schicksal des deutschen Volkes. Das Spiel ist heute noch nicht zu Ende, wenn auch auf britischer Seite inzwischen die Akteure mehrfach gewechselt haben. Der Einsatz, den beide Spieler wagen, ist in der Zwischenzeit größer geworden. Es handelt sich darum, ob die innerlich ausgehöhlte Entente äußerlich aufrechterhalten oder offener Feindschaft weichen soll, und es geht um die Frage, ob Frankreich der alleinige, unumschränkte politische und wirtschaftliche Beherrscher Europas sein, oder ob er sich in diese Herrschaft mit England teilen soll. Gelingt die wirtschaftliche Versklavung und damit die politische Zerstückelung des Deutschen Reiches, so stehen der französische Imperialismus und Militarismus am Endziel ihrer Wünsche und England am offenen Grabe seiner europäischen Großmachtstellung. In seinem ureigensten Interesse leistet deshalb England heftigen passiven Widerstand gegen den Vernichtungswillen Frankreichs. Das Schmerzliche für uns ist dabei, daß die britisch-französische Gegensätzlichkeit auf unserm Rücken ausgetragen wird und daß die endgültige Entscheidung sich so lange hinauszieht, daß unsre Staatswirtschaft und Volkswirtschaft von Stunde zu Stunde brüchiger wird. Und so stehen die Dinge für uns heute so, daß wir in den Endkampf um unsre Daseinsmöglichkeit eingetreten sind. Die Besetzung des Ruhrgebiets hat dieses Stadium eingeleitet. Unser Kampfziel geht über die Befreiung des Ruhrgebiets hinaus auf eine endgültige Befreiung unser selbst von dem Uebermaß der Reparationslasten. Völlige Vernichtung als wirtschaftlicher und politischer Einheitskörper oder Beginn eines wenn auch langsamen und in mühseligen Etappen sich vollziehenden Emporringens aus tiefsten Niederungen — das ist die zur Entscheidung drängende Schicksalsfrage.

In eine solche Zeit ungeheurer Schicksalsschwere fällt der 11. August, der Tag, an dem sich das deutsche Volk vor vier Jahren die freieste Verfassung der Welt gab. Mit erschütternder Deutlichkeit wird es uns gerade an diesem Tage klar, daß unser ganzes Leben zunächst viel mehr als durch die Verfassung von Weimar durch die Zwangsverfassung von Versailles bestimmt wird, die uns unsre Feinde gaben und die Frankreich auch heute noch zum Ausgangspunkt für unsre Vernichtung zu nehmen bestrebt ist. So grausam die Tragik ist, die in diesem Zustande liegt, so darf sie uns doch nicht die Erkenntnis trüben von der Bedeutung, die dem 11. August und dem, was er uns gebracht hat, für Gegenwart und Zukunft des deutschen Volkes zukommt.

Die Verfassung von Weimar bedeutet Abschluß sowohl als Beginn je einer geschichtlichen Epoche für Deutschland. Am Ende der Monarchie standen der verlorene Krieg, der staatliche Zusammenbruch und die Revolution. Wo keine Staatsordnung mehr da ist, kann allein der Wille des Volkes die Grundlagen einer Neugestaltung schaffen. Die von der Nationalversammlung mit 262 gegen nur 75 Stimmen beschlossene Verfassung bedeutet das staatsrechtliche Ende der Monarchie, die ihr tatsächliches Ende im Zusammenbruch und in der Revolution bereits gefunden hatte, bedeutet die rechtliche Verkörperung des auf Einrichtung der demokratischen Republik gerichteten Volkswillens. Die gegenwärtige Zeit ist nicht dazu angetan, rückblickend und trauernd in der Vergangenheit zu verweilen. Unser ganzes Sinnen und Trachten muß vorwärts eingestellt sein. Vorwärts und aufwärts ist auch die Bahn gerichtet, die von der Verfassung dem deutschen Volke für seine Zukunft gewiesen wird, denn sie ist getragen und erfüllt von dem starken Glauben an eine politische Erneuerung Deutschlands und an die Lebenskraft und an den Lebenswillen des deutschen Volkes. Nichts aber ist uns allen gerade in diesen ungeheuer schweren Zeiten dringender nötig als ein unbeugsamer Selbsterhaltungswille. Kein Gott und kein Mensch kann ein in Niederungen geworfenes Volk wieder emporführen, wenn es nicht selbst in sich dazu den Drang und die Kraft verspürt. Dieser Lebensdrang spricht aus der Verfassung von Weimar zu jedem, der für eine solche Sprache empfänglich ist. „Das deutsche Volk, einig in seinen Stämmen und von dem Willen beseelt, sein Reich in Freiheit und Gerechtigkeit zu erneuern und zu festigen, dem inneren und dem äußeren Frieden zu dienen und den gesellschaftlichen Fortschritt zu fördern, hat sich diese Verfassung gegeben" — welche kraftvolle und hohe Zielsetzung spricht aus diesen Worten. Und welch hohes sittliches Verantwortungsbewußtsein spricht aus dem schlichten, aber lapidaren Satze: „Die Staatsgewalt geht vom Volke aus!"

Freilich, wer wollte leugnen, daß die großen Ziele, die sich die Verfassung gesetzt hat, daß die Wiederaufrichtung und Erneuerung Deutschlands nur dann erreichbar sind, wenn das deutsche Gemeinschaftsleben selbst von diesem Geiste der Verfassung beseelt ist. Von diesem Zustand sind wir auch jetzt noch weit entfernt, und die Worte, mit denen der erste Präsident der Nationalversammlung, Dr. David, das Zustandekommen der Verfassung begrüßte, sind auch heute noch eine unerfüllte Hoffnung: „Möge von Weimar eine Flamme ausgehen, die die Herzen unsres Volkes erwärmt, die seine Seele erleuchtet in dieser düsteren Zeit nationaler und persönlicher Leiden, die ihm neuen Lebensmut und die Kraft gibt, aus dem finsteren Tal der Gegenwart den Aufstieg zu finden zu einer lichten, glücklichen Zukunft!" Die Worte könnten auch heute nach vier Jahren gesprochen sein, an uns liegt es, dafür zu sorgen, daß die Hoffnungen auf die politische Erneuerung unsres Volkes nicht unerfüllt bleiben. Gewiß wird unser Schicksal in vielem von außen her zwangsläufig beeinflußt, aber der geistige Vater der Weimarer Verfassung, Hugo Preuß, hat recht, wenn er sagt, je härter der äußere Druck feindlicher Macht auf Deutschland lastet, desto widerspruchsloser müßte sich eigentlich der Leitgedanke der Verfassung von der einheitlichen Zusammenfassung des deutschen Volkes in seinem nationalen Gemeinwesen durchsetzen. Wenn dies bisher nicht in dem erforderlichen Maße erreicht ist, so hat das seinen wesentlichen Grund in der Erscheinung, daß wir in der Vergangenheit zu einem national-politischen und staatlichen Einheitswillen nicht erzogen worden sind. Die wirtschaftlichen und sozialen Gegensätze sowie der Partikularismus der Länder finden deshalb bei uns zunächst noch kein genügend starkes Gegengewicht in einer gefestigten politischen Selbsterziehung. Die Verfassung von Weimar bedingt eine solche Selbsterziehung. Der Staat bin ich, sagte das alte System, und meinte damit den Monarchen, der Staat bin ich, sagt auch die Demokratie, aber sie meint damit jeden einzelnen des deutschen Volkes. Nur wenn sich jeder Deutsche als selbstverantwortlicher Träger des Schicksals seines Volkes fühlt, wird der Staat die höchste sittliche Verkörperung des lebendigen Gemeinschaftswillens. Bei uns tritt immer noch zu stark der Sonderwille in den Vordergrund. Der zum sichtbaren und lebendig gewordenen Gesamtwillen des Volkes gewordene Staat kann und darf aber niemals ein Staat für Sonderinteressen oder gar ein Klassenstaat sein. „Der Volksstaat setzt voraus, daß jede Bevölkerungsgruppe in ihm zur Geltung komme, daß jede berechtigte Eigenart des Volkes sich in seinen Organisationen spiegele, daß jeder verfügbare Geist der ihm adäquaten Aufgabe dienstbar gemacht werde", so kennzeichnet zutreffend Walter Rathenau das Wesen des demokratischen Staates. Diesem großen Ziele muß die Arbeit aller derer untergeordnet sein, die auf dem Boden der Verfassung von Weimar mithelfen wollen, unserm Volke zu einer Wiederauferstehung zu verhelfen, und dieses Ziel dürfen wir auch dann nicht aus dem Auge verlieren, wenn die politische Arbeit des Alltags von uns noch lange und oft ein Einsetzen für die allernötigsten Aufgaben des Augenblicks verlangt. Die Aufgabe, einem zusammengebrochenen Volke wieder emporzuhelfen, ist nicht nur unendlich schwer, sondern auch so groß und heilig, daß in ihr sich alle Glieder des Volkes zusammenfinden müßten. In dem Willen hierzu soll uns der 11. August als ernster Tag nationaler Einkehr stärken, denn:

Jetzt ist nicht Zeit zum Wühlen,
Nicht Zeit für die Partei;
Jetzt gilt es nur zu fühlen,
Daß eins das Große sei,
Das Land, aus dessen Schoße
Mir Leib und Geist erstand,
Das heilige, das große,
Das deutsche Vaterland!

Die neuen Steuergesetze im Ausschuß angenommen

*Berlin, 10. August. Der Steuerausschuß des Reichstages erhob gestern nachmittag die Anträge seines Unterausschusses zum Beschluß. Danach werden die Vorschußzahlungen auf die Einkommensteuer auf das 400fache, auf die Körperschaftssteuer auf das 600fache bzw. bei Körperschaften, die vor dem 1. Juli 1923 ihr Geschäftsjahr abgeschlossen haben, auf das 1000fache erhöht. Zur Abgabe aus Anlaß der Ruhrbesetzung wurde beschlossen, von den Einkommen, die sich aus festverzinslichen Papieren und aus Arbeitseinkommen, insbesondere der freien Berufe, ergeben, wenn das steuerbare Einkommen eine Million im Jahre 1922 überstiegen hat, am 25. August das 100fache der Vorauszahlung auf die Einkommensteuer für das dritte Kalendervierteljahr 1923 zu erheben, sowie am 5. Oktober 1923 und am 5. Januar 1924 das 200fache. Der Ausschuß befaßte sich sodann mit dem Entwurf über die Besteuerung der Betriebe. Die Arbeitgeber von Industrie, Handel und Gewerbe sollen eine besondere Abgabe in Höhe des 2½fachen der Lohnsteuer zahlen, die sie in den Monaten September bis Februar entrichteten.

Dr. Zeigners Angriff auf Cuno

B. Berlin, 10. August. (Eigener Drahtbericht.) Der „Vorwärts" stellt heute fest, daß in der Steuerpolitik eine wesentliche Annäherung zwischen den bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie sich vollzogen habe, und er folgert daraus, daß der Augenblick, „wo nun zum erstenmal seit ihrem Bestehen die Regierung Cuno Verständnis für die Notwendigkeiten der Lage Deutschlands aufbringt", vom Standpunkt des Reiches und vom Standpunkt der sozialdemokratischen Partei nicht geeignet sei, das Kabinett zu stürzen. Besonders nicht, da man nicht klar sehe, was dann käme. Das „Berl. Tageblatt" äußert die Ansicht, daß durch die „ausgezeichnete Rede" Dr. Stresemanns die Bildung der großen Koalition erheblich gefördert oder doch erleichtert worden sei. Stresemann habe außen- und innenpolitisch Anschauungen vorgetragen, zu denen sich mit ihm die demokratischen Parteien bekennen könnten. Ob der Augenblick für die große Koalition gekommen sei, wagt das Blatt freilich nicht zu entscheiden, meint aber, daß im gegebenen Falle Dr. Cuno, der eine aufrichtige, wahre Sympathie in weiten Kreisen genießt, auf dem Posten bleiben müsse, schon damit die Welt nicht einen Moment lang in den Irrtum versetzt wird, daß in der Politik des passiven Widerstandes eine Wandlung sich vorbereite.

*

Die obige Erklärung des „Vorwärts" sowie die auf ihr beruhende Stellungnahme der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zeigt, daß der sächsische Ministerpräsident Dr. Zeigner in seiner noch im größten Teil der gestrigen Auflage veröffentlichten Rede vor seinen Leipziger Parteigenossen innerhalb der Partei isoliert dasteht. Die Leipziger Rede des sächsischen Ministerpräsidenten beweist erneut, daß dem sächsischen Ministerpräsidenten alle Eigenschaften eines wahren Staatsmannes abgehen. Wenn Dr. Zeigner in dieser Rede das Versagen des Kabinetts Cuno auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiete kritisiert und gegen seine allzugroße Schwäche gegen gewisse rechtsradikale Treibereien Protest erhebt, so wiederholt er damit an sich nur, was von der unabhängigen bürgerlichen deutschen Presse mit genau derselben Schärfe seit Monaten immer wieder gesagt wird.

Das deutsche Volk hat zur Zeit mutige, offene, rücksichtslose Kritik sehr notwendig. Das wurde an dieser Stelle immer und immer wiederholt. Aber eine solche Kritik muß positiv aufbauend wirken, nicht negativ zerstörend. Ihr Ziel muß es sein, alle Kräfte des deutschen Volkes zur Ueberwindung der jetzigen Krise zu mobilisieren und zu konzentrieren. Die Rede Dr. Zeigners kommt zu den entgegengesetzten Folgerungen. Sie fordert am Vorabend der Reichstagstagung, die, wie man hofft, den einmütigen Willen des deutschen Volkes zur Ueberwindung der jetzigen Krise zum Ausdruck bringen und in die Tat umwandeln wird, zum inneren Kampfe der Parteien auf und erhebt schwere, unerhört schwere Beschuldigungen und Verdächtigungen gegen das Reichskabinett. Sie kennt nicht das Schicksal des deutschen Volkes, sondern lediglich das Schicksal der sozialdemokratischen Partei. Nur um diese ist es dem Ministerpräsidenten zu tun. Dieser Grundgedanke zieht sich durch seine Rede von Anfang bis Ende.

Der preußische Minister des Innern Severing hat vor kurzem einmal erklärt, ein deutscher Minister dürfe sich in dieser Zeit der Krise nicht den Luxus einer parteipolitischen Einstellung leisten. Es gibt zur Zeit aber wohl keinen Minister auf der ganzen Welt, der so eng auf die parteipolitischen Grenzen beschränkt ist und der so wenig sich über sie hinauszuschwingen vermag, wie den jetzigen sächsischen Ministerpräsidenten.

Dr. Zeigners Forderung an die sozialdemokratische Partei ist folgende:

„Entweder schärfster Kampf oder Abtreten. Die Partei muß in der klarsten und schärfsten Weise von der Regierung Cuno abrücken. Tut sie das nicht, dann man sie die Anzeige mit dem schwarzen Rand selbst bestellen!"

Wir glauben eher, daß das deutsche Volk, wenn noch mehrere solche Reden wie die Reden Dr. Zeigners in Niederplanitz und Leipzig erfolgen und wenn die Geistesverfassung dieser Reden sich weiter ausbreiten sollte, bald selbst die Anzeige mit dem schwarzen Rand bestellen muß.

Eine solche Anzeige mit dem schwarzen Rand wäre es, wenn eine deutsche Regierung sich heute den französischen Bedingungen unterwerfen wollte. Der sächsische Ministerpräsident fordert direkte Verhandlungen mit Frankreich. Er fordert solche Verhandlungen, weil er für das Schicksal der sozialdemokratischen Partei fürchtet, das heißt, um der Erhaltung der sozialdemokratischen Partei (wie sie Dr. Zeigner auffaßt) willen soll das deutsche Volk seine eigene Todesanzeige schreiben.

Der ehemalige Minister Lipinski, sicherlich kein rechtsstehender Sozialist, widersprach einer solchen Katastrophenpolitik auf das allerschärfste. Der Minister des Innern Liebmann aber verteidigte sie. Er behauptet, direkte Verhandlungen mit Frankreich seien noch keine Kapitulation. Der Minister Liebmann dürfte sich noch nicht allzuviel mit Außenpolitik beschäftigt haben. Direkte Verhandlungen sind, wie aus den zu Beginn der vergangenen Woche veröffentlichten französisch-belgischen Noten an die englische Regierung bekanntgeworden ist, nur auf Grund einer völligen Kapitulation Deutschlands möglich. Frankreich verlangt bedingungslose Aufgabe des passiven Widerstandes und bedingungslose Anerkennung der Ruhrbesetzung bis zur völligen Bezahlung. Das heißt, Frankreich verlangt die Unterwerfung der Arbeiter des Ruhrgebietes, die bisher im passiven Widerstand verharrten.

Minister Zeigner und Liebmann wollen über diesen Willen der Ruhrbevölkerung hinweg die Besetzung des Ruhrgebietes für Jahrzehnte hindurch ermöglichen. Etwas andres würden im heutigen Augenblick direkte Verhandlungen mit Frankreich nicht bedeuten.

Solche direkte Verhandlungen würden außerdem die Radikalen auf der äußersten Linken und äußersten Rechten zum Losschlagen bringen und damit das Chaos herbeiführen. Aber selbst dieses Chaos scheinen die heutigen Führer der sächsischen Sozialdemokratie mit in ihr politisches Kalkül einzustellen. Der Minister Liebmann erklärte nämlich in Leipzig:

„Wer sich auf den Boden stellt, daß die Kapitulation den Bürgerkrieg bedeutet, mag den friedlichen Bürger spielen. Wir müssen aber den Kampf mit dem Gegner aufnehmen."

Dr. Zeigner hat recht, wenn er gewisse Kreise in Bayern scharf kritisiert, die auf eine Auflösung des Reiches hinarbeiten. Die Reichsregierung wird diesen Bestrebungen viel größere Aufmerksamkeit schenken müssen als bisher und sich von manchen verdächtigen Unklarheiten fernhalten müssen. Aber wenn die Bestrebungen der bayrischen Rechtsradikalen an der Auflösung des Reiches arbeiten, dann arbeiten solche Reden, wie sie Zeigner und Liebmann hielten, nicht weniger an dieser Auflösung. Auch sie gefährden den Bestand der auf der Verfassung von Weimar, deren Gedenktag wir heute feiern, beruhenden deutschen Republik.

Wir geben deshalb die von Dr. Zeigner erwähnte angebliche Frage des Auslandes: „Wir verstehen die deutschen Republikaner nicht" dem Ministerpräsidenten zurück. Der Schutz der deutschen Republik ist nicht Privatprivileg der sozialdemokratischen Partei. Republikaner sein heißt nicht Linkssozialist sein. Wahrhafter Republikaner sein heißt vor allen Dingen nicht enger Parteipolitiker sein und im gegenwärtigen Augenblick nur die Interessen der Partei suchen.

Herr Dr. Zeigner berief sich darauf, was man „überall im Ausland" sage. Wir glauben, die führende Presse des europäischen Auslandes in den letzten Wochen genau verfolgt zu haben. Wir haben aber außerhalb der französischen Presse und der von ihr gespeisten Organe kein Blatt des europäischen Auslandes gefunden, das Deutschland zur unbedingten Kapitulation und Unterwerfung unter den französischen Imperialismus aufforderte. Was man aber im Ausland von der parteipolitischen Ausnutzung der jetzigen Krise durch gewisse sozialistische Führer denkt, das beweist der vor kurzem an dieser Stelle veröffentlichte Leitartikel der „Neuen Zürcher Zeitung". Dort hieß es:

„Der Rat, das Kabinett Cuno zu bekämpfen, ist charakteristisch für die Art dieser sozialdemokratischen Politik. Man will das Prestige [illegible]